

Positionierungen der wahlwerbenden politischen Parteien zur Frauen- und Gleichstellungspolitik

Fragenkatalog anlässlich der Nationalratswahl am 15. Oktober 2017

Anfang August schickte der Österreichische Frauenring einen Fragenkatalog an alle bundesweit kandidierenden Parteien mit der Bitte, sich zu einigen nach wie vor ungelösten frauen- und gleichstellungspolitischen Problemen zu positionieren.

Mit Ausnahme der FPÖ und der FLÖ antwortete jede Partei – VertreterInnen der Liste G!LT und der Weißen schickten jedoch aufgrund des fehlenden Parteiprogramms keine inhaltlichen Positionierungen. Die ÖVP wiederum beantwortete unseren Fragenkatalog nicht im Detail, lieferte aber Kurztexte zu einigen ausgewählten Themen. Im Folgenden finden Sie die Antworten der einzelnen Parteien.

1.) Diskriminierung am Arbeitsmarkt:

Ist-Zustand: Österreich liegt nach dem aktuellen Gender Gap Report 2016 nur noch auf dem 55. Platz (in einem Ranking von 144 Ländern). Die Gleichstellung ist im Schneckentempo unterwegs. Nach den jüngsten Zahlen der Statistik Austria liegt der Gender Pay Gap bei 39 Prozent. Werden Beschäftigungsausmaß berücksichtigt und beschränkt sich der Vergleich auf ganzjährig Vollzeitbeschäftigte, liegt das Einkommen der Frauen immer noch um 18 Prozent unter jenem der Männer. Insgesamt gilt: In Branchen, in denen überwiegend Frauen erwerbstätig sind, werden niedrigere Durchschnittsgehälter bezahlt. Auffallend und über Jahre unverändert ist auch die Aufteilung bezahlter und unbezahlter Arbeit. Dazu fasst die Statistik Austria zusammen, „dass es vor allem Mütter sind, die vor der Herausforderung stehen Beruf und Familie zu vereinbaren. Im Gegensatz zu Frauen wird das berufliche Engagement von Männern von der Geburt eines Kindes häufig kaum beeinflusst.“

- **Welche politischen Maßnahmen werden Sie gegen bestehende Ungleichheiten für Frauen am Arbeitsmarkt ergreifen?**
- **Von fairer Aufteilung unbezahlter Arbeit zwischen Frauen und Männern sind wir hierzulande noch weit entfernt. Wie werden Sie dafür sorgen, dass Männer ihre Verantwortung für unbezahlte Arbeit, z.B. bei der Pflege von pflegebedürftigen Angehörigen, bei der Verteilung der Hausarbeit, bei der Betreuung und Erziehung von Kindern, stärker wahrnehmen?**
- **Mit welchen beschäftigungs- und sozialpolitischen Maßnahmen werden Sie z.B. die ‚Gläserne Decke‘ und die bestehenden Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern bekämpfen?**

SPÖ – Sozialdemokratische Partei Österreichs:

Vorneweg: Gleichstellung ist für uns eine Koalitionsbedingung. Sowohl im Rahmen unseres Wahlprogramms als auch im Kriterienkatalog sind Schwerpunkte zur Gleichstellung von Frauen und Männern am Arbeitsmarkt fixiert. Eine der zentralen Forderungen – und gleichzeitig eine Koalitionsbedingung – ist für uns die Forderung nach 1.500 Euro Mindestlohn und das steuerfrei für alle. Damit werden wir weit mehr als 200.000 Frauen durch den Mindestlohn helfen und mit der Steuerfreiheit besonders niedrige Einkommen entlasten. Dazu heben wir den Grundfreibetrag in der Lohn- und Einkommenssteuer auf mehr als 13.000 Euro an. Davon profitieren mehr als 4 Mio. SteuerzahlerInnen mit mehr als 500 Euro Entlastung im Jahr. Die Gesetzesänderung lässt sich einfach umsetzen und könnte – mit etwas gutem Willen – schon ab 1.1.2018 wirksam sein.

Wer Teilzeit arbeitet, muss leichter auf mehr Stunden oder in die Vollzeit wechseln können. Mit der Einführung des so genannten „Wahlarbeitszeitmodell“ soll ein Recht auf eine selbstbestimmte Erwerbsbiographie verwirklicht und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessert werden. Schluss wollen wir auch mit der ungerechten Bezahlung bei den Überstunden machen. Wir fordern Überstundenzuschläge von 50 Prozent für auch Teilzeit.

Die hohen Gehaltsunterschiede sollen der Vergangenheit angehören. Einkommensberichte und Gehaltsangaben in Stelleninseraten sind sinnvoll und wichtig – aber alleine nicht wirksam genug. Nur wenn Frauen wissen was ihre KollegInnen verdienen, sind sie auch in der Lage entsprechend ihre Lohnverhandlungen zu führen. Daher wollen wir ein Lohntransparenzgesetz einführen. Außerdem wollen wir die Notstandshilfe für Frauen zugänglicher machen. Viele Frauen (mehr als 80%) bekommen keine Notstandshilfe, weil das Einkommen ihres Partners zu hoch ist. Wir setzen uns daher dafür ein, dass die Anrechnung des Partnereinkommens auf die Notstandshilfe abgeschafft wird. Das betrifft – aufgrund des bestehenden Lohnunterschieds von Frauen und Männern – natürlich vorwiegend Frauen und kommt auch diesen besonders zugute. Rund 16.000 Personen haben insgesamt durch diese Anrechnung keinen Anspruch auf Notstandshilfe. Ein Wegfall würde unmittelbar mehr Gerechtigkeit schaffen. Denn Personen, die jahrelang in das System eingezahlt haben und beispielsweise wegen gesundheitlicher Probleme, veralteter Qualifikationen oder schlichtweg aufgrund des Alters keinen Arbeitsplatz finden, sollten eine Leistung, die ihnen zusteht, auch bekommen. Nur so kann die Notstandshilfe ihren Zweck erfüllen: nämlich verhindern, dass Betroffene in die Armut abrutschen und beitragen, ihre ohnehin sehr schwierige Situation etwas zu verbessern. Bei einer durchschnittlichen Höhe der Notstandshilfe von 670 Euro ist für diese Maßnahme von Kosten von etwa 140 Millionen Euro jährlich auszugehen. Das können und müssen wir uns leisten.

Wir wollen die Rahmenbedingungen für echte Halbe-halbe schaffen. Damit klassische Rollenbilder endlich einmal abmontiert werden (können). Am Beispiel Papamonat wollen wir diesen als Rechtsanspruch für junge Väter umsetzen. Diese sollen das Recht haben, nach der Geburt ihres Kindes während der Schutzfrist der Mutter zu Hause zu bleiben – und zwar, wie die Mütter auch, bei voller Entgeltfortzahlung. Und für uns selbstverständlich: Das soll auch für Regenbogenfamilien gelten. Wenn – großzügig geschätzt – 50 Prozent der Väter diesen Rechtsanspruch auf einen Papamonat bei vollem Lohnausgleich in Anspruch nehmen würden, würde das 100 Millionen Euro pro Jahr kosten. Für Klein- und Mittelunternehmen ersetzt der Familienlastenausgleichsfonds die Kosten der Entgeltfortzahlung. Danach soll beiden Elternteilen der „Elternteilzeitbonus« zur Verfügung stehen. Das bedeutet, dass Eltern einige Zeit finanziell unterstützt werden, wenn sie gleichzeitig die Berufstätigkeit zu Gunsten der Betreuung eines Kindes auf 28 bis 32 Wochenstunden gleichberechtigt reduzieren. Ein Teil des Gehaltes wird aus arbeitsmarktpolitischen Mitteln ausgeglichen.

Von den 450.000 PflegegeldbezieherInnen werden 41,6 Prozent zuhause ausschließlich von Angehörigen – und davon zu 80 Prozent von Frauen und weitere 32 Prozent zuhause unter Zuhilfenahme mobiler Dienste gepflegt. Die Folgen: Pflegearbeit wird zur unbezahlten Frauenarbeit – enorme psychische Belastung, Verdrängung vom Arbeitsmarkt, die direkt in Altersarmut und finanzielle Abhängigkeit mündet. Dem können wir nur mit einem Mehr an professioneller Pflege begegnen und müssen dort, wo Lücken bestehen, diese Lücken schließen. Darum wollen wir, dass das Pflegegeld an die Teuerung angepasst wird. Wenn die Kosten steigen, dann muss es auch das Geld tun. Ein Pflegegarantiefonds soll allen das Recht auf leistbare Pflege garantieren. Die Gegenfinanzierung soll über eine Erbschaftssteuer auf Erbschaften ab 1 Million Euro erfolgen. Neben dem endlich abgeschafften Pflegeregress soll der Bund aus diesen Einnahmen die Hälfte der Kosten, die die Menschen für mobile Dienste (wie z. B. Heimhilfe) bezahlen, übernehmen. Bis 2022 soll zusätzlich 1 Milliarde Euro in Pflegeberufe und Qualität investiert werden.

Rechtsanspruch auf Ganztags-Kinderbetreuung ab dem 1. Lebensjahr ab 2020: Der flächendeckende Ausbau einer ganztägigen und hochwertigen Kinderbetreuung ist in vielerlei Hinsicht wichtig: Damit sich Beruf und Familie vereinbaren lassen. Damit Integration gelingen kann. Damit das volle Potenzial unserer Kinder bereits frühestmöglich gefördert wird. Dieses Ziel erreichen wir durch den Rechtsanspruch auf Ganztags-Kinderbetreuung ab dem vollendeten 1. Lebensjahr, selbstverständlich freiwillig und ohne Zwang.

Ein effektives Mittel um die „gläserne Decke“ zu sprengen ist die Einführung der Frauenquote für Unternehmen. Hier hat die SPÖ im Juni einen großen nächsten Schritt gesetzt, indem im Parlament beschlossen wurde, dass in großen Unternehmen die Aufsichtsräte eine mindestens 30%-Quote ab Jänner 2018 haben müssen. Neben Maßnahmen wie der Frauenquote in staatsnahen Betrieben, im öffentlichen Dienst, bei den Universitäten und im ORF ist das ein nächster wichtiger Puzzlestein um die „gläserne Decke“ zu durchbrechen. Wir setzen uns konsequent für Frauenquoten in allen Bereichen ein, darum wollen wir auch weiterhin eine 40%-Quote in Aufsichtsräten und Leitungsfunktionen in der Privatwirtschaft.

Beschäftigungspolitische Maßnahmen wie die Aktion 20.000, die Ausbildungsgarantie, Intensivbetreuung bei Vermittlungsproblemen etc. kommen natürlich Frauen wie Männern gleichberechtigt zu Gute. Spezifische arbeitsmarktpolitische Projekte wie Job Navi Angebot für junge Mütter in Wien, Frauen und Mädchen in Handwerk und Technik“ (FiT), Jugendwerkstatt (JUWE) oder spacelab girls bei Sprungbrett müssen fortgeführt oder durch innovative frauenspezifische Projekte ergänzt werden. Hinsichtlich der Frauenanteile an den technisch-handwerklichen Lehrberufen gibt es in den letzten Jahren eine leicht steigende Tendenz.

Die Situation von Mädchen in handwerklich technischen Lehrberufen ist sowohl in den Betrieben, in der überbetrieblichen Lehrausbildung und in der Berufsschule noch immer nicht alltäglich und sie stehen unter ständigem „Beweisdruck“. Aus Sicht der Mädchen ist vor allem das „Schnuppern“ und Erproben von technisch-handwerklichen Berufen ein ausschlaggebendes Element, sich für den jeweiligen Lehrberuf zu entscheiden. Auch die Erfahrungen der Lehrkräfte belegen, dass bspw. eine externe Begleitung der Mädchen in handwerklich-technischen Bereichen wichtige Unterstützungsleistungen für Mädchen wichtig ist. Rein mädchenspezifische Maßnahmen greifen oft zu kurz, vielmehr geht es darum, beide Geschlechter zu unterstützen, Angebote zu entwickeln und im Berufsschulalltag zu verankern:

- eine gendersensible Aus- und Weiterbildung für Lehrkräfte an den Berufsschulen
- gleichstellungsorientierte Unterstützungsangebote für Betriebe und überbetriebliche Lehrausbildungen mit wenigen (oder bisher keinen) weiblichen Lehrlingen,
- Projektkooperationen mit Mädchenberatungsstellen um technisch-handwerkliche Betriebe für die Aufnahme von weiblichen Lehrlingen aufzuschließen.

ÖVP – Die neue Volkspartei:

Zunächst möchten wir Ihnen und Ihrer Organisation unsere Anerkennung und Wertschätzung zum Ausdruck bringen. Ihr Engagement für die Verwirklichung der Gleichstellung von Frauen und Männern ist ein sehr wichtiger gesellschaftlicher Beitrag. Gerade als Volkspartei ist uns dieses Thema ein besonderes Anliegen. Die Gleichstellung von Frauen und Männern in allen Lebensbereichen, sei es am Arbeitsplatz oder in der Familienarbeit, muss heute eine Selbstverständlichkeit sein. Dabei ist es wichtig, den vielfältigen Lebensrealitäten von Frauen gerecht zu werden. Wer sich seriös für gleiche Chancen für Frauen einsetzt, muss Frauen mit mehreren Maßnahmen fördern.

Das Schließen der Einkommensschere ist nicht nur ein wichtiges Ziel auf dem Weg zu mehr Gleichberechtigung, sondern auch relevant für den späteren Pensionsanspruch. Darum fordern wir eine Verbesserung der Rahmenbedingungen und Anreize für den Aufstieg von qualifizierten Frauen und ein effizientes Karenzmanagement mit mehr Fortbildungsprogramm sowie eine rasche Angleichung des Pensionsantrittsalters, um das Schließen der Einkommensschere und das Bekämpfen der „gläsernen Decke“ voranzutreiben.

Die Grünen:

ad Punkt 1: Die Diskriminierungen gegenüber Frauen am Arbeitsmarkt sind mannigfaltig. Um Benachteiligungen wirksam zu bekämpfen, ist es deshalb notwendig Maßnahmenbündel zu schnüren. Einkommensunterschiede müssen mit verschärften Einkommensberichten (der Unternehmen) analysiert werden - gleichzeitig bedarf es verbindlicher Aktionspläne zur Frauenförderung, wenn in Unternehmen Lohnunterschiede festgestellt wurden.

Wenn Frauen eine Familie gründen, bedeutet das beim Wiedereinstieg in den allermeisten Fällen Einkommensverluste und Dequalifizierung. Eine Präzisierung im Mutterschutzgesetz könnte dazu beitragen, dass es Unternehmen schwerer gemacht wird, Wiedereinsteigerinnen an minderqualifizierten Stellen wiederaufzunehmen. Zusätzlich braucht es politische Anreize, damit mehr qualifizierte Teilzeitstellen bzw. Führen in Teilzeit in Unternehmen geschaffen werden.

ad Punkt 2: eine faire Verteilung von unbezahlter und bezahlter Arbeit zwischen den Geschlechtern ist den Grünen ein großes Anliegen. Wir fordern daher, dass ein wesentlich größerer Anteil des Kinderbetreuungsgeldes für den 2. Elternteil reserviert wird - so kann der Väteranteil in der Karenz schnell erhöht werden. Es braucht auch große, systemische Veränderungen: eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden (langfristig) den Spielraum für Eltern deutlich erhöhen, sich die Familienarbeit gerechter aufzuteilen.

ad 3: Ohne Quoten geht es nicht. Die frauenpolitische Erfahrung im deutschsprachigen Raum zeigt, dass freiwillige Maßnahmen der Unternehmen ihren Zweck verfehlen. Es gibt nach wie vor in der Führungsebene nur selten Frauen. Deshalb fordern die Grünen auch verbindliche Frauenquoten für die oberen Managementebenen bis zum Vorstand für staatsnahe Unternehmen.

NEOS - Das Neue Österreich

Wir müssen Rahmenbedingungen schaffen, die es Männern und Frauen gleichermaßen ermöglichen, am Arbeitsmarkt zu partizipieren. Wir setzen uns für flexiblere Arbeitszeiten, einen Abbau von steuerlichen negativen Erwerbsanreizen und einen massiven Ausbau von Kinderbetreuungsmöglichkeiten ein, um die Vereinbarkeit von Familien und Beruf zu erleichtern. Wir fordern einen Rechtsanspruch auf einen Kinderbetreuungsplatz ab dem ersten Geburtstag des Kindes, und einen flächendeckenden Ausbau von

Kinderbetreuungs- und –bildungseinrichtungen, und zwar mit wenigen Schließtagen und ganztägig geöffnet. (Außerdem wollen wir eine breite Diskussion über die Neubewertung von veralteten Kollektivverträgen anstoßen.)

Es braucht ein generelles gesellschaftliches Umdenken: Wir wollen Partnerschaften auf Augenhöhe, um allen ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Kinderbetreuung und Pflege ist nicht nur die Aufgabe von Frauen. Wir müssen Rahmenbedingungen schaffen, damit Männer und speziell Väter ihre Verantwortung wahrnehmen können. Deshalb fordern wir beispielsweise individuelle Ansprüche auf Kinderbetreuungsgeld für jeden Elternteil von 12 Monaten und einen individuellen Anspruch auf Karenz von 18 Monaten.

Wir sehen vor allem die hohe Teilzeitquote bei Frauen als problematisch. Es ist nachvollziehbar, dass Frauen in Teilzeitbeschäftigung sind wenn sie beispielsweise kleine Kinder haben, wenngleich wir uns eine höhere Väterbeteiligung wünschen würden. Problematisch ist aber, dass in Österreich die Erwerbsverläufe von Frauen nach einer Babypause ihr ganzes Leben von Teilzeitarbeit dominiert werden. Das führt langfristig neben niedrigem Einkommen, niedrigen Pensionen und Abhängigkeit vom Partner eben auch zu weniger Aufstiegschancen und der „gläsernen Decke“. Hier können wir ansetzen, indem wir beispielsweise sogenannte negative steuerliche Erwerbsanreize beseitigen.

KPÖ PLUS:

Als Mitglied des Frauenrings und im Vorstand durch die Frauensprecherin der KPÖ, Heidemarie Ambrosch, vertreten haben wir alle Initiativen und Forderungen aktiv unterstützt und meinen, dass solche außerparlamentarischen Netzwerke ein wichtiger Beitrag zur Entwicklung einer lebendigen Demokratie sind. Dieses und andere Netzwerke wie die Frauen- und Mädchenberatungseinrichtungen, die Plattform 20.000 Frauen, das Volksbegehren 2.0 oder femme fiscale benötigen eine mediale und budgetäre Aufwertung. Das erfordert auch die Einrichtung eines eigenständigen Frauenministeriums mit ausreichender Budgetierung. Auch nach einem Einzug ins Parlament werden wir als parlamentarische Kraft weiterhin auf die Mobilisierung der außerparlamentarischen Stimmen setzen, auf die Expertinnen, die in diesen Netzwerken arbeiten. In einigen Fragen fordern wir mehr, weil wir meinen, dass alles finanzierbar wäre durch eine Umkehr der herrschenden Logik. Es bedarf einer Reichtumsverteilung von oben nach unten.

Der größte Knoten liegt in der geschlechtshierarchischen Arbeitsteilung, die wiederum Unterschiedliches zur Folge hat: Haus- und Familienarbeit wird auch weiterhin Großteils den Frauen überlassen und sie bleibt unsichtbar, vor allem auch in ihrer ökonomischen Dimension.

Mehrheitlich von Frauen besetzte Berufe sind schlechter bewertet und entlohnt als jene der Männer, man denke nur an die Betreuungsarbeit, ob im Kindergarten oder in der Altenpflege.

Auch aufgrund nach wie vor nicht ausreichender Kinderbetreuungseinrichtungen geraten Frauen in die Teilzeitfalle, die entsprechende Einkommensverluste in jeder Phase des Lebens, vor allem aber in der Pension Altersarmut bedeutet. Unsere aktuellen arbeitsmarktpolitischen Forderungen: Radikale Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden bei vollem Lohnausgleich, Mindesteinkommen von 1.750 Euro und Neubewertung der Arbeit. Um die Sichtbarkeit gesellschaftlich notwendiger Reproduktionsarbeiten zu erhöhen, wäre eine deutliche Anhebung der Löhne und Gehälter z.B. im Pflegebereich, von der Kinderbetreuung bis zur Alten- und Krankenpflege umzusetzen. Im Übrigen unterstützen wir auch alle entsprechenden Forderungen im Frauenvolksbegehren 2.0.

Liste Pilz:

Die Entscheidung welchen Weg eine Frau geht, ob sie einem Voll- oder Teilzeitberuf nachgeht darf nicht durch äußere Zwänge auferlegt werden, sondern muss in der freien Entscheidung jeder einzelnen Frau liegen. Deshalb steht für uns fest, dass es ein umfassendes ANGEBOT von qualitativ hochwertigen, kostenfreien und sowohl im städtischen als auch ländlichen Bereich verfügbaren Kinderbetreuungseinrichtungen braucht. Als Angebot und nicht als Zwang diese zu nutzen. Darüber hinaus ist ein Rechtsanspruch auf einen Kinderbetreuungsplatz dringend erforderlich. (Anmerkung: im Ausmaß von max.8h pro Tag/Kind wie auch im OÖ Kinderbetreuungsgesetz festgeschrieben und um dieses Gesetz, dass zum Schutz von Kleinkindern gemacht wurde nicht zu gefährden.) Dies kann dazu beitragen Ungleichheiten am Arbeitsmarkt ein Stück weit zurückzudrängen.

Es ist nicht die Aufgabe des Staates zu regeln wie die Verteilung der Hausarbeit zwischen den Geschlechtern passieren muss, aber es ist die Aufgabe des Staates Männern wie Frauen dieselben Rechte und Möglichkeiten zuzuerkennen. Ein Papamonat ist dabei bereits eine sehr effektive Maßnahme, um die Beteiligung von Vätern an der Kindererziehung zu ermöglichen und zu steigern. Gibt es mit dem neuen Kinderbetreuungsgeldkonto seit 1.3.2017 zwar finanzielle Unterstützungen für Väter, so bleibt diese Unterstützungsmaßnahme aber zahnlos ohne Rechtsanspruch auf diese gemeinsame Zeit mit dem Kind. Deshalb: Rechtsanspruch auf einen Papamonat.

Werden die Daten der Erwerbstätigkeit zwischen Frauen und Männern auf denselben Nenner, nämlich ganzzährige Vollzeitbeschäftigung, gebracht so zeigt sich trotz allem für Österreich noch ein drastischer Unterschied zwischen den Geschlechtern. Rutschte Ö beim Gender Pay Gap 2016 auf Platz 52 von 144 ab (Quelle: <http://reports.weforum.org/global-gender-gap-report-2016/economies/#economy=AUT> – Ö 2006 noch auf Platz 27), so liegen andere europäische Staaten wie beispielsweise Schweden auf Platz 4 (Quelle: <http://reports.weforum.org/global-gender-gap-report-2016/economies/#economy=SWE>).

Warum das so ist? Ein zentraler Aspekt dabei ist sicher ganz eindeutig: fehlende Einkommenstransparenz in Österreich. Durch mehr Transparenz bei den Stellenausschreibungen und der Verpflichtung zur Erstellung von Einkommensberichten (Unternehmen ab 150 MA) wurden zwar bereits wichtige Schritte gesetzt, aber wie die Zahlen zeigen gibt es noch viel zu tun. Es braucht vor allem: -> Vollkommene Einkommenstransparenz innerhalb von Unternehmen für die Beschäftigten und ein Verbot (siehe D) von „Verschwiegenheitsklauseln“ das Gehalt betreffend in Arbeitsverträgen. Solche Geheimhaltungsklauseln sind gängige Praxis und stehen dem Ziel Gehälter miteinander vergleichen zu können um Diskriminierungen erkennen zu können diametral entgegen.

Schweden kann hier als Vorbild dienen, da hier das Wort Steuergeheimnis ein Fremdwort ist und zuletzt versteuerte Jahreseinkommen für jede/n BürgerIn vollkommen transparent sind.

2.) Frauen in Entscheidungsfunktionen

Ist-Zustand: Frauen sind in politischen Funktionen nach wie vor unterrepräsentiert. Im Nationalrat liegt der Frauenanteil derzeit bei nur rund 30 Prozent, im Bundesrat sind es 28 Prozent. Seit 2008 ist der Frauenanteil in der Regierung von 40 auf aktuell nur 29 Prozent gesunken. In den Aufsichtsräten der größten 200 Unternehmen liegt der Frauenanteil laut Frauen Management Report 2016 der Arbeiterkammer bei knapp 18 Prozent, in den Geschäftsführungen liegt er bei 7 Prozent. Angesichts dieser auffallenden Überrepräsentanz von Männern und den nur marginalen Verbesserungen in den letzten Jahrzehnten werden schon lange verbindliche Zielvorgaben für die Anhebung des Frauenanteils gefordert, auch auf europäischer Ebene gibt es dazu Vorschläge zu entsprechenden Richtlinien.

- **Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um die politische Partizipation und Repräsentation von Frauen zu fördern?**
- **Welche Haltung nehmen sie zu verbindlichen Zielvorgaben für die Verbesserung der gleichberechtigten Mitbestimmung von Frauen ein?**
- **Inwiefern werden Sie sich für die Sicherstellung der (auch in Mandaten und Funktionen sichtbaren) Gleichberechtigung zwischen Frauen und Männern einsetzen?**

SPÖ – Sozialdemokratische Partei Österreichs:

Die SPÖ tritt für die volle Gleichstellung von Frauen und Männern ein. Unser Ziel ist es, diesen Grundsatz auch in der politischen Teilhabe von Frauen innerhalb unserer Partei – wie wir es über unsere interne Quotenregelung vorsehen – aber auch insgesamt zu erhöhen. Unsere durch Sanktionen verschärfte Quotenregelung garantiert für die SPÖ, dass wir künftig im Nationalrat über der Quote von 40 Prozent liegen werden. Nach jetzigen Berechnungen unseres Listenvorschlages ergäben sich ca. 44 Prozent. Darüber hinaus wollen wir aber auch gesetzliche Regelungen. Internationale Beispiele zeigen, dass es sich lohnt, sich dafür einzusetzen. Besonders diejenigen Modelle, die Listen als ungültig zurückweisen, wenn sie die vorgesehene Frauenquote nicht einhalten – Beispiel Belgien - erscheinen uns besonders effektiv, um Frauen den gleichen Zugang zur Teilhabe an politischen Gremien zu ermöglichen. Wir setzen uns daher für eine gesetzliche Regelung für eine erhöhte Repräsentanz von Frauen in politischen Entscheidungsorganen ein. Aber natürlich muss auch die Frage von finanziellen Maßnahmen, wie etwa Koppelung der Parteienförderung an eine Frauenquote, weiter beleuchtet werden und wir setzen dahingehend auch im Parlament Schritte.

ÖVP – Die neue Volkspartei:

Wir machen nicht nur Politik für Frauen, sondern vor allem mit Frauen. Bestes Beispiel dafür ist das im neuen Parteistatut festgelegte Reißverschlussystem, sowie Regelungen, um den Frauenanteil in den ÖVP-Gremien zu heben. Bei Nationalrats- und Europawahlen gibt es demnach ein Reißverschlussystem, wodurch abwechselnd Frauen und Männer auf den Listen stehen – in Summe 50:50.

Frauen sind in Führungsfunktionen der Wirtschaft noch deutlich unterrepräsentiert. Daher haben wir ein Gesetz auf den Weg gebracht, um einen 30 Prozent-Frauenanteil in den Aufsichtsräten sicherzustellen. Generelles Ziel bleibt jedoch Anreize zu setzen und Frauen bereits in jungen Jahren zu fördern, um den beruflichen Aufstieg zu erleichtern.

Die Grünen:

Gerade in politischen Funktionen ist es notwendig, dass die Bevölkerung in ihrer Diversität (zu mehr als 50 Prozent weiblich) ausreichend repräsentiert ist. Die Grünen haben dafür als einzige Partei ein paritätisches System entwickelt, welches sicherstellt, dass auf jeder politischen Ebene der Partei 50 Prozent Frauen vertreten sind - so auch im Nationalrat. Auch in Zukunft werden wir unser Bonus-Malus-System, das die Klub- und Parteienfinanzierung an den Frauenanteil in den gewählten Klubs koppeln würde, im Nationalrat einbringen und zur politischen Debatte stellen.

Zudem fordern wir eine fixe Frauenquote für Regierungen sowie alle politischen Gremien, Beiräte, Jurys, usw. Bezüglich Frauenförderung in Unternehmen: Wie schon weiter oben beantwortet setzten wir uns für gesetzlich verankerte Quoten ein. Und fordern weiter eine generelle Arbeitszeitverkürzung, die eine gleichberechtigte Familienarbeit möglich macht.

NEOS - Das Neue Österreich:

Unser Ziel ist es, Frauen ein selbstbestimmtes und unabhängiges Leben zu ermöglichen. Frauen sollen auf allen Ebenen gefördert und ermutigt werden sich einzubringen. Wir wollen die besten Köpfe an der Spitze – unabhängig vom Geschlecht. Deshalb setzen wir vor allem auf Bildung: Denn kritische und mündige Bürgerinnen haben auch mehr Möglichkeiten sich politisch einzubringen.

Als liberale Bewegung sehen wir vom Staat vorgeschriebene Quoten kritisch. Sie ändern unserer Meinung nach nichts an der Wurzel des Problems. Wenn wir wollen, dass Frauen selbstständig und unabhängig in Führungspositionen kommen, müssen wir schon an der untersten Ebene ansetzen und sie gezielt fördern.

Wir setzen auf gezielte Förderungen von Frauen auf allen Ebenen, weil wir glauben, dass eine ausreichend starke Repräsentation von Frauen auch ohne gesetzliche Vorgabe möglich sein muss. Hier sind Männer wie Frauen gleichermaßen gefordert, um Rahmenbedingungen zu schaffen, die es jeder und jedem ermöglichen, an die Spitze zu kommen.

KPÖ PLUS:

Auf der Bundesliste von KPÖ PLUS kandidieren 127 Frauen und 127 Männer. Unter den ersten 12 Plätzen haben wir einen Frauenanteil von 60 Prozent. Auch unsere Landeswahlvorschläge stellen sicher, dass bei einem Einzug ins Parlament zumindest die Hälfte der neuen Abgeordneten Frauen sein werden. Wir unterstützen auch die Forderung, dass die Parteien- oder Klubförderung gestaffelt ausbezahlt werden sollte, wobei der Höchstbetrag an die Beteiligung von 50% Frauen* in allen Gremien und Wahlkörperschaften geknüpft ist. KPÖ PLUS setzt sich u.a. für Frauen- und Diversitätsprogrammen auf allen Ebenen der Gesellschaft ein. Zu den verbindlichen Zielvorgaben unterstützen wir weiters die Forderung nach einer 50%-Quote in all den vom Frauenvolksbegehren 2.0 genannten Bereichen.

Liste Pilz:

Jede politische Initiative kann für sich selbst entscheiden, wie sie das Verhältnis der Geschlechter festlegen will. Für uns steht ganz klar fest, dass es eine absolute Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern geben muss, deshalb bekennen wir uns auch selbst zum Reißverschlussprinzip.

Es gibt zahlreiche Unternehmen, die sich selbst Verpflichtungen zur Frauenförderung auferlegen, dennoch hat sich in den letzten Jahren der Frauenanteil in Führungspositionen nur marginal verbessert.

Gleichberechtigung bedeutet auch das konkrete Augenmerk auf Bereiche wie Personalentscheidungen zu legen und die Vergangenheit beweist, dass sich ohne verbindlichen Druck oft gar nichts bewegt. Es geht

nicht um „Alibifrauen“, sondern qualifizierten Frauen einen verbindlichen Anteil in Führungspositionen zu ermöglichen.

3.) Umsetzung der UN-Frauenkonvention

Ist-Zustand: Österreich ist seit 1982 unter der UN-Frauenkonvention (CEDAW) völkerrechtlich verpflichtet, jede rechtliche und tatsächliche Diskriminierung von Frauen in allen Lebensbereichen zu beseitigen und jeder einzelnen Frau in Österreich die volle Inanspruchnahme aller Menschenrechte und Grundfreiheiten zu ermöglichen.

- **Wie werden Sie sicherstellen, dass vermeintlich ‚geschlechtsneutrale‘ Politikbereiche wie z.B. Pflege, Zuwanderung, Familienrechtsreform, Fiskalpolitik, Gesundheitswesen endlich aus Genderperspektive betrachtet werden, weiterhin bestehende (Mehrfach-) Diskriminierungen von Frauen umfassend beseitigt werden und den Empfehlungen des CEDAW-Komitees Folge geleistet wird?**

SPÖ – Sozialdemokratische Partei Österreichs:

In Österreich wird bei allen politischen Entscheidungen die Gender Mainstreaming-Strategie berücksichtigt. Das heißt in allen Politikbereichen – ob vermeintlich geschlechtsneutral oder nicht – werden Gesetze nach geschlechtsspezifischen Folgen abgeschätzt. Dazu gibt es auch eine Interministerielle Arbeitsgruppe für Gender Mainstreaming und Gender Budgeting, die eine TaskForce unter dem Vorsitz des Frauenministeriums ist. Darin werden laufend Informationen und nachahmenswerte Initiativen ausgetauscht, Kriterien für die Umsetzung der Gender Mainstreaming/Gender Budgeting Strategie entwickelt und Projekte, Maßnahmen und Gesetze diskutiert. Wir arbeiten laufend an der Verbesserung dieser Strategien und garantieren damit, dass alle Politikbereiche aus der Genderperspektive betrachtet werden.

Alle Maßnahmen, die wir setzen und die hier in unterschiedlichen Beantwortungen schon genannt wurden, zählen in die von der CEDAW-Konvention vorgesehene Beseitigung jeder Form der Diskriminierung von Frauen ein. Sei es der Umgang mit Frauen im Arbeitsleben, die Frage von Frauen in Entscheidungsfunktionen, der sexuellen und reproduktiven Rechte, die Bekämpfung von Gewalt, etc. Frauenrechte sind Menschenrechte und genau danach richten wir unsere Politik aus.

ÖVP – Die neue Volkspartei:

Die Grünen:

Neben guten Verordnungen braucht es auch eine Sensibilität bei denen, die es umsetzen. Als Grüne analysieren wir bei jedem Gesetzesvorschlag, die unterschiedlichen Auswirkungen auf Frauen und auf Männer. Und zeigen auf, was es zu verbessern gilt.

Im Bereich Gesundheit müssen Budgets so verteilt, dass alle gleichermaßen profitieren können - Gendermedizin muss gefördert werden. Der "Aktionsplan Frauengesundheit" muss umgesetzt werden. Da hier zahlreiche hervorragende Vorschläge zur Verbesserung der gesundheitlichen Lage von Frauen ausgearbeitet wurden. Im Bereich der Pflege gilt es die Rahmenbedingungen für Pflegendes und Pfleglinge anzupassen: mittels definierter Qualitätskriterien, Weiterbildungs- und Entlastungsprogrammen für Pflegendes und einem Ausbau von ambulanten und teilstationären Betreuungs- und Pflegediensten.

Im Bereich der Zuwanderung setzen sich die Grünen dafür ein, dass frauenspezifische Fluchtgründe im österreichischen Asylverfahren mehr Anerkennung finden - die Anerkennungsquoten sind derzeit noch je nach Region sehr unterschiedlich und vor allem deutlich niedriger als bei den anderen Fluchtgründen.

NEOS – Das Neue Österreich:

In vielen der genannten Bereiche gibt es schon jetzt Bestrebungen geschlechterspezifische Aspekte mitzudenken. NEOS setzt sich für evidenzbasierte Politik ein, die konkrete Wirkungsziele definiert, deren Umsetzung auch überprüfbar sein muss. Hier befinden wir uns auf einer Linie mit dem CEDAW-Komitee, das in ihren Empfehlungen auch häufig auf fehlende Datenerhebung und Monitoring hinweist. Im Bereich Pflege beispielsweise wollen wir ein selbstbestimmtes Pflegemodell, in dem mobile Pflege ausgebaut und klare Strukturen und Verantwortlichkeiten (hier sollen vor allem die Gemeinden in die Verantwortung genommen werden) gefördert werden. Wir wollen Präventivmaßnahmen ausbauen, Pflegeberufe aufwerten und uns stärker auf die Primärversorgung konzentrieren. So stärken wir jene, die sich vorwiegend um ihre Angehörige kümmern – nämlich Frauen.

KPÖ PLUS:

Wir brauchen ein eigenständiges Frauenministerium mit ausreichendem Budget und einen Genderbudgeting-Beirat, der alle Maßnahmen auf seine Frauenverträglichkeit überprüft!

Liste Pilz:

Die Genderperspektive muss in allen Ausschüssen und Beschlüssen berücksichtigt werden um im Nationalrat abgesegnet werden zu können.

4.) Selbstbestimmungsrecht

Ist-Zustand: Öffentliche Krankenanstalten werden aus öffentlichen Geldern finanziert und sind nach dem Krankenanstalten- und Kuranstaltengesetz zur Erbringung bestimmter Leistungen verpflichtet. Zwar können Ärzt*innen nicht zur Durchführung eines Schwangerschaftsabbruchs verpflichtet werden, wohl aber die Krankenanstalt, z.B. in den jeweiligen gynäkologischen Abteilungen auch Schwangerschaftsabbrüche durchzuführen, wie z.B. in Frankreich oder Schweden. Eine Kostenübernahme des Abbruchs durch die Krankenversicherung ebenso wie für Verhütungsmittel ist derzeit nicht gewährleistet.

- **Wie stehen Sie zum Recht jeder Frau, frei über ihre Reproduktionsfähigkeit zu entscheiden, unabhängig von ihrer ökonomischen Situation?**
- **Werden Sie dafür sorgen, dass das Recht jeder Frau, über ihre Gebärfähigkeit sowie über Zahl und Zeitpunkt ihrer Geburten frei und selbst zu bestimmen grundrechtlich verankert wird und der Staat freien Zugang zu Mitteln und Einrichtungen der Familienplanung, Empfängnisverhütung und Geburtenkontrolle gewährt, insbesondere unter Berücksichtigung der ökonomischen Leistungsfähigkeit?**

SPÖ – Sozialdemokratische Partei Österreichs:

Frauen haben ein Recht auf Selbstbestimmung. Es ist wichtig, dass Schwangerschaftsabbrüche in allen Bundesländern in öffentlichen Spitälern möglich werden. Es ist höchste Zeit, dass jene Bundesländer, in denen Schwangerschaftsabbrüche noch nicht in öffentlichen Spitälern möglich sind, nachziehen. Denn der Schwangerschaftsabbruch muss für alle Frauen sicher sein. Das Recht auf Selbstbestimmung über den eigenen Körper darf in Österreich keiner Frau verwehrt bleiben! Die Senkung der Zahl von Schwangerschaftsabbrüchen ist nur durch gute Sexualaufklärung und einen barrierefreien Zugang zu Verhütungsmitteln möglich. Darum wollen wir eine Kostenübernahme durch die öffentliche Hand für Verhütungsmittel und Schwangerschaftsabbrüche.

Denn Sexualität ist ein wichtiger Bestandteil der Persönlichkeit jedes Menschen. Die Möglichkeit sich frei entfalten zu können, ist ein Grundbedürfnis und benötigt einige Rahmenbedingungen. Sexuelle und reproduktive Rechte sind universale Menschenrechte und beruhen auf Freiheit, Würde und Gleichheit aller Menschen. Der Anspruch auf den Erhalt und die Wiederherstellung der Gesundheit eines Menschen gilt ebenso für die Sexualität. Zur Förderung der sexuellen und reproduktiven Selbstbestimmung sind eine umfassende Sexualerziehung und -aufklärung unabdingbar. Außerdem muss eine angemessene Gesundheitsfürsorge auch für sexuelle Fragen, Probleme und „Störungen“ zur Verfügung stehen. Und es braucht einen kostenlosen und barrierefreien Zugang zu Verhütungsmitteln.

ÖVP – Die neue Volkspartei:

Die Grünen:

Es gehört zu den Grundrechten eines jeden Menschen und einer jeden Frau, über ihre Fortpflanzung einzig und allein selbst zu bestimmen. Aus Grüner Sicht sollte der Schwangerschaftsabbruch eine Krankenkassenleistung sein. Zudem sollte mehr Geld in die Prävention von ungewollten Schwangerschaften fließen - darunter ist die kostenfreie Verschreibung von wirksamen Verhütungsmitteln an Jugendliche und einkommensschwache Frauen zu verstehen. Jugendliche und Erwachsene generell brauchen mehr Informationen über Verhütung und ihre Anwendungsmöglichkeiten. Dieses Wissen sollten sie verstärkt im schulischen Kontext (über externe Workshops) und in Jugendeinrichtungen erhalten.

NEOS – Das Neue Österreich:

Das Recht der Frau auf sexuelle Selbstbestimmung und körperliche Integrität hat oberste Priorität. Echte Wahlfreiheit für Frauen bedeutet natürlich auch selbst bestimmen zu können, ob und wann sie eine Familie haben möchte. NEOS setzt sich daher für einen niederschweligen und barrierefreien Zugang zu Information, Beratung und auch Verhütungsmitteln ein. Wir fordern gratis Verhütungsmittel für alle bis 18.

Frauenrecht ist Menschenrecht. Jede Frau muss die Entscheidung darüber, ob und wann sie eine Familie möchte frei, unabhängig und selbstbestimmt treffen können. Die Möglichkeit einen Schwangerschaftsabbruch durchzuführen sollte unserer Meinung nach für jede Frau gegeben sein. Wir fordern mehr Information und Beratung, mehr sexuelle Bildung und gratis Verhütungsmittel für alle bis 18 Jahre.

KPÖ Plus:

Der Schwangerschaftsabbruch gehört raus aus dem Strafrecht. Und selbstverständlich sollte in allen öffentlichen Spitälern mit einer gynäkologischen Abteilung die Möglichkeit zu einem Schwangerschaftsabbruch gegeben sein. Auch sind wir für die kostenlose Abgabe von Verhütungsmitteln.

Liste Pilz:

Jede Frau hat das Recht, über ihren Körper zu bestimmen. Von staatlicher Seite ist dafür zu sorgen, dass Schwangerschaftsabbrüche in jedem Bundesland durchgeführt werden und leistbar sind. Der kostenlose Schwangerschaftsabbruch sowie Verhütungsmittel müssen gewährleistet sein.

5.) Gewaltschutz

Ist-Zustand: Gewalt an Frauen ist nach wie vor ein gravierendes gesellschaftliches Problem und sie findet täglich in allen Kontexten statt. Jede fünfte Frau in Österreich wird Opfer von Gewalt durch den eigenen Partner oder Ex-Partner. Schätzungsweise werden jährlich 25-30 Frauen ermordet und viele Morde finden im Beisein von Kindern statt. Die Polizei ist täglich ca. 22 Mal im Einsatz bei häuslicher Gewalt. 2013 hat sich Österreich mit der Ratifizierung der Istanbul-Konvention (Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt) zu deren Umsetzung verpflichtet. Nach wie vor gibt es jedoch Mängel im Gewaltschutzbereich – wie etwa der NGO-Schattenbericht zur Implementierung der Istanbul Konvention zeigt (<http://www.frauenring.at/maengel-im-gewalt-opferschutz>).

Das Jahresbudget der Frauenministerin beträgt seit Jahren lediglich 10 Millionen Euro für die Prävention von Gewalt an Frauen und für Gleichstellungsmaßnahmen. 2017 wurde es minimal, nämlich um 5% erhöht. Dieses geringe Budget reicht nicht aus, um die Ziele und Maßnahmen der Istanbul Konvention angemessen umzusetzen und die Gleichstellungsmaßnahmen zu erzielen.

- **Wie würden Sie sich für die jährliche Erhöhung des Budgets für die Frauenministerin einsetzen, wie sie die GREVIO-Plattform im NGO-Schattenbericht zur Istanbul-Konvention fordert?**
- **Was werden Sie tun, um eine ausreichende und nachhaltige Finanzierung von Gewaltschutzeinrichtungen in Österreich zu ermöglichen?**
- **Welche Maßnahmen werden Sie setzen, um den Schutz von besonders vulnerablen Gruppen von Frauen (v.a. geflüchtete Frauen, migrantische Frauen LBTIQ+ Frauen) sicherzustellen?**

SPÖ – Sozialdemokratische Partei Österreichs:

Österreich hat bei der Entwicklung von Gewaltschutzeinrichtungen immer eine internationale Vorreiterrolle eingenommen. Wir setzen uns nach wie vor für die finanzielle Absicherung und den Ausbau der Gewaltschutzeinrichtungen und der Mädchen- und Frauenberatungseinrichtungen ein. Der Mehrbedarf im Bereich Gewaltschutz dürfte bei 5 Millionen Euro liegen. Dieser Mehrbedarf soll im Rahmen des nächsten Bundesbudgets Rechnung getragen werden. Das ist aber nur eine Seite. Denn Gewaltschutz bedeutet nicht nur mehr Geld, sondern auch die Bekämpfung von neuen Formen der Gewalt gegen Frauen – wie Hass im

Netz oder Cybermobbing. Neben Datenerhebungen, Bedarfsanalysen und Anlaufstellen für Betroffene muss vor allem die Gewaltprävention gestärkt werden.

Das Maßnahmenpaket gegen Hass im Netz muss daher rasch und zielgerichtet weitergeführt werden. Die Richtung stimmt – wir müssen den Weg nur gezielt & schnell weitergehen.

ÖVP – Die neue Volkspartei:

Für ein friedliches Zusammenleben ist es erforderlich einzugreifen, wenn Grenzen überschritten werden. Denn klar ist: Gewalt – insbesondere gegen Frauen und Kinder – ist nicht tolerierbar. In den vergangenen Jahren ist es für Gewalttäter immer wieder zu milden Urteilen gekommen, oft waren die Strafen zu niedrig. Erst vor kurzem haben wir uns für härtere Strafen bei Gewaltdelikten, insbesondere bei Verbrechen gegen Frauen und Kinder, ausgesprochen. Wichtig ist eine Anhebung der Untergrenzen bei Strafen wegen Delikten gegen Leib und Leben. Mit diesen Neuerungen im Strafrecht soll ein wichtiger Schritt gesetzt werden, um Frauen und Kinder besser zu schützen.

Die Grünen:

Mehr Geld für Gewaltprävention wird es nur bei einer Änderung des politischen Kräfteverhältnisses geben. Die Mittel des Frauenministeriums sind seit Jahren skandalös niedrig und es konnte unter dem bestehenden politischen Kräfteverhältnis kein Konsens gefunden werden, dieses Trauerspiel zu beenden. Die Grünen setzen sich dafür ein, dass alle Frauenhäuser in Österreich nach dem Grundfinanzierungsmodell ausgestattet werden. Nur so können sie qualitativ hochwertig und ökonomisch effektiv ihrer besonders wichtigen Sozialarbeit nachgehen. Finanzierung muss längerfristig und stabil sichergestellt werden, damit die österreichischen Frauenhäuser auch wirklich unabhängig ihrer Arbeit machen können. Für besonders vulnerable Gruppen unter den Flüchtlingen fordern wir seit langem eigene, geschützte Flüchtlingsunterkünfte und mehr psychologische Betreuung. Gerade für Frauen und LGBTIQs muss es faire Verfahren geben: die Beratung der Flüchtlinge und die Schulungen von JustizbeamtenInnen bezüglich frauenspezifischer oder LGBTIQ-Fluchtgründen müssen verstärkt werden, um die Anerkennungsquoten für frauenspezifische bzw. LGBTIQ-Fluchtgründe zu erhöhen.

NEOS – Das Neue Österreich:

Gewaltprävention und Gewaltschutz von Frauen haben absolute Priorität. Wir unterstützen daher die Forderung, das Budget dafür zu erhöhen und wollen bei den nächsten Budgetverhandlungen Augenmerk darauflegen. Wichtig ist hier eine Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern, um einen Ausbau von Frauenhäusern und anderen Gewaltschutzeinrichtungen für Frauen umzusetzen.

Die Finanzierung von Gewaltschutzeinrichtungen muss bei den nächsten Budgetverhandlungen mitgedacht werden. Hier ist vor allem das Finanzministerium gefragt. Grundsätzlich müssen Synergien zwischen frauenpolitischen und justizpolitischen Einrichtungen sichergestellt werden. Uns ist besonders wichtig, dass im gesamten Bundesgebiet Frauen geschützt werden können. Bisher konzentrieren sich die Förderungen des Frauenministeriums extrem stark auf Wien. Gerade deshalb ist die Mittelverwendung anzupassen und sind für die Bundesländer ebenfalls ausreichend Mittel zur Verfügung zu stellen. Jede gewaltbetroffene Frau ist gleich schützenswert, gleich ob sie in Wien oder Vorarlberg lebt.

Wir sehen uns den Menschenrechten verpflichtet. Frauen muss in Österreich ein niederschwelliger Zugang zu Gewaltschutzeinrichtungen und Frauenberatungsangeboten garantiert werden. Diese Niederschwelligkeit ist gerade für Frauen mit Fluchthintergrund oder anderen Gruppen von vulnerablen Frauen von besonderer Bedeutung. Viele dieser Frauen sind doppelter Diskriminierung ausgesetzt. Wir setzen uns für ein Levelling-Up im Bereich des Gleichbehandlungsrechtes ein.

KPÖ PLUS:

Wir brauchen ein Frauenministerium, das die Verbesserung der Lebensbedingungen von Frauen im zentralen Fokus hat. Wir brauchen einen Ausbau und die finanzielle Absicherung von Frauen- und Mädcheneinrichtungen sowie eine ausreichende Budgetierung für Gewaltschutzeinrichtungen.

Liste Pilz:

Um Gewalt an Frauen und Mädchen effektiv zu bekämpfen, müssen jährlich €240 Millionen aus öffentlicher Hand investiert werden. Da man sich dadurch die errechneten Folgekosten von €3,7 Milliarden sparen kann, gilt es, über den Sachverhalt aufzuklären und sich für die Erhöhung des Budgets einzusetzen.

Gewalt an Frauen und Mädchen wird von Männern verursacht, daher gilt es, die Männer, insbesondere im Parlament, in die Pflicht zu nehmen. Um dies zu ermöglichen, ist dafür zu sorgen, dass die entwickelten Leitfäden der AÖF für die Medienbranche umgesetzt werden, um das Thema zu reframe. Wenn jährlich €240 Millionen zur Verfügung stehen, wird auch besonders vulnerablen Gruppen selbstverständlich geholfen werden.

6.) Situation alleinerziehender Frauen

Ist-Zustand: In Österreich leben 108.000 Ein-Eltern-Familien mit Kindern unter 15 Jahren; 93 Prozent davon sind Alleinerzieherinnen. Viele von ihnen erhalten keine oder nur unregelmäßige Unterhaltszahlungen für ihre Kinder, weshalb viele Frauen auf staatliche Unterhaltsvorschüsse angewiesen sind. Bis diese allerdings ausgezahlt werden, kann es nach der aktuellen gesetzlichen Regelung mitunter Jahre dauern. Die Tücken im Unterhaltsvorschussgesetz haben oft weitreichende Folgen für die Alleinerziehenden und deren Kinder – sie rutschen in die Armut ab. Laut EU-SILC 2015 haben Alleinerziehende mit 42 Prozent die höchste Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung.

- **Inwiefern unterstützen Sie die Vorschläge des Frauenrings (http://www.frauenring.at/sites/default/files/artikel/Presseunterlage_Kindesunterhalt.pdf) zur Verbesserung der prekären Lebensverhältnisse vieler Ein-Eltern-Familien?**

SPÖ – Sozialdemokratische Partei Österreichs:

Bei der Frage der Situation alleinerziehender Frauen sind wir absolute BündnispartnerInnen. Denn es ist nicht einzusehen, dass es in einem der reichsten Länder der Welt (noch) immer Frauen- und Kinderarmut gibt! Im Jahr 2016 gab es 121.000 Ein-Eltern-Haushalte mit insgesamt 159.000 Kindern. Rund ein Drittel dieser Kinder waren armutsgefährdet. Ein zentrales Armutsrisiko für Alleinerziehende und deren Kinder sind unzuverlässige oder unzureichende Unterhaltszahlungen. Um die Lücken im österreichischen Unterhaltsrecht zu schließen, werden wir eine Unterhaltsgarantie für Kinder einführen, die sich im Familienbeihilfesystem wiederfindet (anstelle einer Unterhaltssicherung, wo immer die Debatte um die Länderzuständigkeit über die Mindestsicherung startet). Damit sollen Kinder, die keinen oder einen sehr geringen Unterhalt bzw. Unterhaltsvorschuss beziehen, abgesichert werden.

ÖVP – Die neue Volkspartei:

Gerade alleinerziehende Mütter stehen oft vor großen Herausforderungen. Unser Ziel ist es Rahmenbedingungen zu schaffen, welche helfen die Hürden für Mütter zu überwinden. Durch den weiteren Ausbau der Kinderbetreuung (Barcelona Ziel von 33% ist in greifbarer Nähe) soll es für Mütter einfacher werden, Familie und Beruf zu vereinbaren. Durch die Erhöhung der Familienbeihilfe (+1,9%), die

Einführung des Schulstartgeldes (100 Euro) und des Mehrkindzuschlages haben wir für eine finanzielle Entlastung gesorgt.

Die Grünen:

Die Grünen fordern einen existenzsichernden Mindestunterhalt, der einem definierten Regelbedarf entspricht. Weiters soll die Unterhaltsbevorschussung allen Kindern zugutekommen. Denn in der derzeitigen Situation haben Kinder, deren Elternteile gestorben sind oder unverschuldet kein Einkommen haben, überhaupt keinen Anspruch auf Unterhalt. Aus Grüner Sicht darf es nicht sein, dass Kinder weder Unterstützung vom Kindsvater noch vom Staat bekommen.

Wichtig ist außerdem, dass der Unterhaltsvorschuss so lange ausbezahlt wird, wie er nötig ist. Derzeit endet dieser mit dem 18. Geburtstag des Kindes, also zu einem Zeitpunkt, an dem der tertiäre Ausbildungsweg in der Regel gerade erst beginnt. Dem Kind bleibt es dann bei Bedarf über, vor Gericht mit dem eigenen Vater um vorenthaltene Unterhaltsbeiträge zu streiten. Unser Ziel ist, dass der Unterhaltsvorschuss bis zum Ende der Ausbildung garantiert wird.

NEOS – Das Neue Österreich:

Wir brauchen ein gesellschaftliches Umdenken und die Anerkennung neuer Familienformen. Darum setzen wir uns beispielsweise für die Einführung individueller Ansprüche auf Karenz oder Kinderbetreuungsgeld ein. Forderungen nach Datenerhebung in diesem Zusammenhang unterstützen wir, denn wir können nur auf Basis zuverlässiger Daten treffsichere Maßnahmen beschließen.

KPÖ PLUS:

Wir unterstützen die Forderungen im Zusammenhang mit dem Kindesunterhalt voll und ganz. Darüber hinaus fordern wir: keine Anrechnung des PartnerInneneinkommens bei der Notstandshilfe, eine Energiegrundsicherung sowie leistbares Wohnen! Es ist auch an der Zeit, eine breite und ernsthafte Diskussion über die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens zu beginnen. All das und mehr ist finanzierbar, wenn der Reichtum entsprechend besteuert wird.

Liste Pilz:

Wir unterstützen die Vorschläge des Frauenrings zu 100%.

7.) Situation geflüchteter Frauen

Ist-Zustand: In den vergangenen Monaten hat der Frauenring mehrmals Kritik an den Verschärfungen der Asylgesetzesregelungen geübt, die vor allem negative Auswirkungen auf die Situation flüchtender Frauen haben (s. <http://www.frauenring.at/frauenrechte-nicht-teilbar>, <http://www.frauenring.at/obergrenzen-frauen-flucht>).

- **Inwieweit unterstützen Sie die Forderungen des Frauenrings – insbesondere betreffend die Verankerung geschlechtsspezifischer Fluchtgründe; zielgruppenspezifischer Unterbringungsmöglichkeiten; der Forderung nach speziellen Schulungen für Personal im Asylverfahren; der Möglichkeit von Familienzusammenführung?**

SPÖ – Sozialdemokratische Partei Österreichs:

Auf der Flucht erleben viele Frauen sexuelle und/oder körperliche Gewalt (inkl. Traumatisierung). Auch in Erstunterkünften kann es zu Gewalterfahrungen kommen. Während Einvernahmebeamtinnen in Fällen von sexueller Gewalt weiblich sein müssen, gilt dies nicht für ÜbersetzerInnen (Dolmetschs); es ist aber zur Vermeidung von Retraumatisierung wichtig, dass ÜbersetzerInnen einerseits (im Bedarfsfall) weiblich sind, und andererseits objektiv (fremde Personen, keine Familienmitglieder). Frauen mit Fluchthintergrund laufen derzeit in manchen Bundesländern Gefahr, bei Inanspruchnahme eines Frauenhauses aus der Grundversorgung zu fallen und damit ihre Lebensgrundlage zu verlieren. Die Vermeidung von Re-Traumatisierung von Frauen mit Fluchthintergrund, gendersensibles Asylverfahren und bestmögliche Hilfestellung, denn Frauenpolitik muss ALLEN Frauen dienen; eine Differenzierung ist nicht zielführend. Effiziente Hilfsmaßnahmen sind gerade im Kontext derzeitiger Debatten geboten. Unterstützung bei reproduktiven Entscheidungen (Verhütung, Schwangerschaftsabbruch, Familienplanung etc.) ist ein weiterer wichtiger Schritt für ein selbstbestimmtes und gewaltfreies Leben. Die Flüchtlingskrise ist eine der größten Herausforderungen der heutigen Zeit – menschliche, effiziente und auf Gleichbehandlung basierende Maßnahmen sind Integrationsbeschleunigung. Vermeidung von Re-Traumatisierung verhindert auch Langzeitkosten für das Gesundheitssystem.

ÖVP – Die neue Volkspartei:

Wir stellen fest, dass mit der Zuwanderung aus vorrangig arabischen Staaten ein Frauenbild nach Österreich gebracht wurde, das nicht unserem entspricht, und das unsere Errungenschaften in der Frauenpolitik gefährdet. Wir stellen uns ganz klar gegen einen politischen Islam, der die Stellung der Frau in der Gesellschaft herabwürdigt. Eine verpflichtende Teilnahme an Wertekurse für Flüchtlinge (wie es im neuen Integrationsgesetz verankert ist) sehen wir deshalb als einen wichtigen Schritt, um ein friedliches Zusammenleben in der Gesellschaft zu sichern.

Die Grünen:

Geschlechtsspezifische Fluchtgründe werden im österreichischen Asylverfahren bereits anerkannt. Unser Schwerpunkt liegt darauf, Frauen und LGBTIQs ein faires Verfahren zu ermöglichen, d.h. die Wahrscheinlichkeit zu erhöhen, dass ihre frauenspezifische oder LGBTIQ-Fluchtgründe anerkannt werden. Hierfür ist es nötig, die Beratung von Flüchtlingen zu verbessern und zweitens die Schulung für das Justizpersonal, vor allem aber für RichterInnen bezüglich frauenspezifischer Fluchtgründe verpflichtend zu machen. Die Grünen setzen sich dafür ein, dass Frauen und LGBTIQs eigene Flüchtlingsunterkünfte bekommen, denn nur so ist ihre Sicherheit garantiert und eine Retraumatisierung verhinderbar. Zudem muss es auch möglich sein, dass eingetragene PartnerInnenschaften das Recht auf Familienzusammenführung beanspruchen können.

NEOS – Das Neue Österreich:

Vor allem Frauen auf der Flucht sind einem großen Risiko von Gewalterfahrungen ausgesetzt und brauchen daher besondere Unterstützung. Deshalb unterstützen wir die Forderung nach speziellen Schulungen für Personal im Asylverfahren, und kleinräumigen, zielgruppenspezifischen Unterbringungen. Vor allem der Zugang zu gesundheitlichen Leistungen – vor allem auch Leistungen der psychosozialen Gesundheit müssen gewährleistet werden. Unabhängig davon über welchem rechtlichen Weg Familienzusammenführungen stattfinden, muss sichergestellt sein, dass für Familienangehörige, die nach Österreich kommen, Integrationsmaßnahmen stattfinden und geltende Regelungen eingehalten werden.

KPÖ PLUS:

Wir unterstützen die Forderungen des Frauenrings, meinen aber darüber hinaus: Kein Mensch ist illegal, Bleiberecht für alle.

Liste Pilz:

Den vernünftigen Forderungen des Frauenrings ist nichts hinzuzufügen.

8.) Frauen in den Medien

Ist-Zustand: Frauen haben in der österreichischen Medienbranche Fuß gefasst: Mehr als vier von zehn im Journalismus hauptberuflich Tätigen sind Frauen. Journalistinnen sind im Durchschnitt deutlich besser ausgebildet als ihre männlichen Kollegen, sie verdienen jedoch weniger. In Führungspositionen sind Frauen nach wie vor unterrepräsentiert: Neun Prozent der Journalistinnen sind in leitender Position tätig, hingegen 18,5 Prozent der Journalisten (vgl. Journalisten-Report I).

Auf inhaltlicher Ebene haben u.a. die Studien der Agentur Media Affairs wiederholt gezeigt, dass frauenpolitische Themen in österreichischen Tageszeitungen kaum vorkommen, in den besonders reichweitenstarken Boulevardmedien wie „Heute“ werden Frauen hauptsächlich als Pin-Ups und Models abgebildet. Auch in den beiden wichtigsten Nachrichtensendungen des ORF, der ZIB 1 und ZIB 2 sind kaum frauenpolitische Inhalte zu finden. Ein eigenes frauenpolitisches/feministisches Format existiert nicht – hier kommt der ORF seinem öffentlich-rechtlichen Auftrag nicht nach.

Geschlechtersensible Sprache wird nur in feministischen Medien und wenigen Online-Medien in Österreich durchgängig verwendet.

Die Presse-/Publizistikförderung in Österreich berücksichtigt Geschlechtergleichstellung in ihren Förderkriterien in keiner Weise.

Schließlich fehlen auch in der Werbebranche verbindliche Regelungen, um gegen Sexismus und Frauenverachtung in der Werbung vorzugehen.

- **Welche Schritte halten Sie für geeignet, um die Verantwortung der Medien – und ganz besonders die der öffentlich-rechtlichen Medien – für eine geschlechtersensible Berichterstattung und die Verwendung gendersensibler Sprache zu stärken?**
- **Welche politischen Maßnahmen werden Sie gegen Sexismus in der Werbung ergreifen?**
- **Wie stehen Sie zu der Forderung, die Presse-/Publizistikförderung in Österreich an Kriterien der Geschlechtergleichstellung zu knüpfen?**

SPÖ – Sozialdemokratische Partei Österreichs:

Wir begrüßen jeden Vorstoß, der das Thema geschlechtersensible Berichterstattung stärkt und setzen uns auch aktiv mit unseren Frauenministerinnen dafür ein. So werden Leitfäden für geschlechtersensible Sprache und auch Berichterstattung durch die Frauenministerin unterstützt (Beispiel: Leitfaden im Rahmen der Kampagne Gewaltfrei leben!). Es ist ein klares Ziel unserer Politik Sexismus aufzuzeigen und zu bekämpfen. Darum haben unsere Frauenministerinnen in den vergangenen Jahren zahlreiche

bewusstseinsbildende Maßnahmen mit dem Ziel gesetzt, die Werbewirtschaft zu sensibilisieren, gleichzeitig aber auch die WerbekonsumentInnen zu einem kritischen Umgang mit Werbe- und Medieninhalten zu bewegen. Unter anderem wurde daher 2011 der Antisexismus-Beirat im österreichischen Werberat installiert. Dieser gibt Empfehlungen ab, wie in seinen Augen Beschwerden mit sexistischen Werbeinhalten zu beurteilen wären, bevor der Werberat eine endgültige Entscheidung trifft. Die Expertise des Beirats erweist sich als besonders wirksam und wird auch international positiv bewertet. Gleichzeitig können wir uns aber auch vorstellen, dass wir – analog eines deutschen Vorstoßes aus 2016 – auch eine gesetzliche Regelung gegen sexistische Werbung umsetzen, in der Plakate und Anzeigen verbannt werden, die Frauen oder Männer auf Sexualobjekte reduzieren.

Medien, die durch abwägende und diskursive Berichterstattung die demokratische Willensbildung fördern, leisten einen wesentlichen Beitrag zur demokratischen Kultur in Österreich. Träger dieser Leistung sind die Redaktionen beziehungsweise qualifizierte Journalistinnen und Journalisten.

Im Zentrum einer Neugestaltung der Medienförderung in Österreich sollen somit zukünftig die Journalistinnen und Journalisten, also die ProduzentInnen von redaktionellem Inhalt stehen.

Zentraler Ansatzpunkt der Förderung soll die Anzahl der Journalistinnen und Journalisten sein, die ein Medienunternehmen zu fairen Bedingungen beschäftigt. Stabile Beschäftigungsverhältnisse und faire Entlohnung stellen dabei eine zentrale Voraussetzung für den Bezug von Medienförderung dar.

Mittels dieses Instruments wollen wir Rahmenbedingungen schaffen um prekäre

Beschäftigungsverhältnisse zurückzudrängen und Anreize setzen, dass Medienunternehmen stabile Arbeitsverhältnisse zur Verfügung stellen, von denen im Medienbereich verstärkt auch Frauen profitieren.

ÖVP – Die neue Volkspartei:

-

Die Grünen:

Das Fehlen von Frauen (und Mädchen) in den Mainstream-Medien stört die Grünen sehr. Zudem ist die Darstellung von Frauen, wenn sie dann einmal vorkommen, meist sexualisiert oder gar sexistisch.

Gesetzliche Maßnahmen zum Verbot von frauenfeindlichen Darstellungen in Werbung und Medien könnten die hervorragende Arbeit des Werberats unterstützen - in jenen Fällen, in denen die Unternehmen keine Einsicht zeigen.

Die Grünen stehen zu einem umfassenden Gender Budgeting-Ansatz, das heißt wir fordern die geschlechtergerechte Verteilung sämtlicher öffentlicher Gelder. Dies umfasst auch die Presse-/Publizistikförderung. Die Verknüpfung mit frauenfördernden Maßnahmen in den Unternehmen bzw. die Verpflichtung zu bestimmten Kodizes hinsichtlich der eigenen Berichterstattung wären geeignete Maßnahmen, um hier positiv-steuernd einzuwirken.

NEOS – Das Neue Österreich:

Medien erfüllen nicht nur eine demokratiepolitisch wichtige Rolle, sondern tragen auch maßgeblich zur öffentlichen Meinungs- und Bewusstseinsbildung bei. Deshalb sollte die Verwendung gendersensibler Sprache gefördert werden. Wir befürworten auch jede Art von geschlechtersensibler Berichterstattung und einem geschlechtsneutralen „Erscheinungsbild“. Das fängt beim Einladungsprozedere an, bei dem Frauen gleichermaßen wie Männer als Expert_innen, Politiker_innen, etc. repräsentiert werden müssen (Stichwort Verhinderung eines „All male-Panels“) bis hin zu den „öffentlichen Gesichtern“ (Anchorwomen/-men) des

ORF. Wir glauben, dass kritischer und offener Diskurs und vor allem die öffentliche Debatte ganz zentral sind, um gegen Sexismus in der Werbung vorzugehen. Wir unterstützen deshalb Medien oder Organisationen, die eine wichtige Plattform für einen diesbezüglichen Meinungsaustausch bieten. Eine reformierte Medienförderung NEU muss entlang klar definierter Kriterien vergeben werden, deren Ziel die Förderung von journalistischen Inhalten mit öffentlich-rechtlichem Mehrwert („Public Value“) ist. Auf die personelle Zusammensetzung einzelner Redaktionen entlang des Geschlechts wollen wir als Parlamentspartei keinen Einfluss nehmen.

KPÖ PLUS:

Es ist eigentlich ein Skandal, dass im Publikumsrat nach wie vor explizit Frauenanliegen nicht vertreten werden. Auch in diesem Bereich gibt es zahlreiche Expertinnen, die im Rahmen eines eigenständigen Frauenministeriums wirkungsmächtig agieren könnten. Wir unterstützen die Forderung, die Presse-/Publizistikförderung an Kriterien der Geschlechtergleichstellung zu knüpfen.

Liste Pilz:

Es ist notwendig, JournalistInnen dahingehend wiederholt zu schulen. Es sollte zum guten Ton gehören, an den Schulungen teilzunehmen. Medien, die sexistische Werbung publizieren, sollten Förderungen entzogen werden. Die Forderung, die Presse-/Publizistikförderung in Österreich an Kriterien der Geschlechtergleichstellung zu knüpfen, ist begrüßenswert.